

Eisners Irrgänge und Bayerns Zukunft.

I. Die Frage der gesetzmäßigen Regierungsgewalt und der Friede.

Von Dr. Georg Heim.

Die maßgebende Presse der drei großen Ententeländer betont immer wieder, daß die Voraussetzung für Anknüpfung der Friedensverhandlungen die Verstellung einer gesetzmäßigen Regierungsgewalt sei. Ehe Wilson auf Wunsch der alten deutschen Regierung die Friedensvermittlung übernommen hat, verlangte er die Erklärung, ob sich die deutsche Regierung auf das Vertrauen des deutschen Volkes stütze und aus allgemein gleichen Wahlen hervorgegangen sei.

Die neue Post meldet, es stehe eine Note der Alliierten an Deutschland bevor, die über die Frage einer gesetzmäßigen Regierungsgewalt in Deutschland als Vorbedingung zu den Friedensbesprechungen Klarheit schaffen wolle.

Die „Daily News“ schreibt zur Lage in Deutschland: „Mit dem Arbeiter- und Soldatenrat verhandeln die Alliierten nicht, was die englische Admiralität auch bereits den Vertretern einer Phantasierepublik von Ostfriesland erklärt hat. Ein Friede ohne Genehmigung der Volksvertretung könnte uns in 5 Jahren einen neuen Krieg bringen“.

Ähnliche Preßstimmen hunderte für eine! Es ist erklärlich, daß dieses Verhalten der Alliierten auf die inneren deutschen Zustände einwirken will. Der Bericht über die Konferenz der deutschen Bundesstaaten in Berlin richtig gelesen, läßt eine gewisse Besorgnis über die Wirkung dieses Vorgehens klar erkennen.

Da ist es der derzeitige bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner, der aus der Not eine Tugend macht und dabei sicher der Ueberzeugung ist, daß er klug operiere. Er sucht sich bei den Alliierten unverdächtig zu machen und in gute Erinnerung zu bringen.

Er wendet sich in der Reichskonferenz heftig gegen Solf und Erzberger, die er als Männer des alten Regimes brandmarkt. Die C. H. verkündigt in seinem Auftrage, daß er jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes ablehne. Noch deutlicher wird er bei einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Daily News“, die wohl am 23. November stattgefunden hat. Er erklärte, er sei persönlich ein Vertreter der Ansicht, daß vier deutsche Republiken gegründet werden müssen. Der Süden muß ein Gegengewicht gegen Berlin und den Norden bilden. Die Bewegung, los von Berlin, sei unter den bayerischen Bauern sehr stark. Man könne nicht zulassen, daß Berlin das neue Deutschland beherrsche. Die Bildung von vier deutschen Republiken mit gleichen Rechten würde das Gleichgewicht wieder herstellen. Es würde auf der einen Seite stehen die Republik Bayern, Deutsch-Oesterreich und die Vereinigten Staaten von Baden, Württemberg und Hessen, auf der anderen Seite Preußen. Der Präsident sagte weiter: „Das Archiv im bayerischen Ministerium des Außern zeigt deutlich, daß Bayern an diesem Kriege schuldlos sei.“

Dieser Partikularismus Eisners ist eine neue Entdeckung. In seinen ersten Erlassen an das deutsche Volk lautet sein Rezept noch anders. Am 15. November hat die Regierung des Volksstaates Bayern, unterzeichnet Kurt Eisner, als Programm kein Wort von den vier Republiken gesagt, sondern verkündet: „Wir glauben und wollen, daß eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutsch-österreichischen Republik unausschiebbar ist.“ Eisner beabsichtigt mit seiner Geste zweierlei

1. eine Wirkung auf die Alliierten und
2. eine angenehme Nebenwirkung auf das bayerische Volk.

Die Parole „Bayern den Bayern“ ist ihm unangenehm. Ich bin aber ebenso fest überzeugt, daß Herr Eisner, sobald der Friede geschlossen und seine Politik auf die Alliierten ihre Wirkung getan hat, er wieder nach sozialistischem Programm für eine deutsche einheitliche Republik ohne innere Grenzen eintreten wird und ich habe auch Anhaltspunkte dafür, daß die Alliierten die Aktion des Herrn Eisner sehr richtig einschätzen. Er glaubt auf diese Art um die Forderung der Alliierten nach einer gesetzmäßigen Regierung in Deutschland in Gnaden herumzukommen. Ich glaube, Herr Eisner irrt sich. Die Alliierten wissen ganz genau, daß eine gesetzmäßige Regierung im Reich und in Bayern nur

zustandekommen kann, wenn alle Parteien bei ihrem Zustandekommen mitarbeiten, wie in Baden und Württemberg.

Die Alliierten erkennen die derzeitige Regierung nicht als gesetzmäßig an. Hierüber wird die Zukunft Klarheit schaffen. Nachdem Wilson die Regierung vor dem 10. November als berechtigte Vertretung des Volkswillens und als Volksregierung anerkannt hat, werden sie nur eine Regierung anerkennen, entweder

1. die von dem Vertrauen der Majorität des zurzeit nach Hause gejagten Reichstages getragen ist oder

2. eine Regierung, die hervorgeht aus einer Nationalversammlung, die auf Grund eines Wahlrechtes gewählt ist, das der gesetzmäßig gewählte Reichstag beschlossen hat.

Ich zitiere hiermit die Worte eines außerdeutschen Politikers, dessen Ansicht mir im Augenblick bedeutungsvoller zu sein scheint wie die Manöver des Herrn Eisner.

Das gleiche gilt selbstverständlich auch für Bayern. Daß Herr Eisner gar nicht berufen ist, die Stimmung des bayerischen Volkes wiederzugeben, weiß man bei den Alliierten ganz genau. Man weiß, daß Herr Eisner seine Herrschaft nur einer Soldatenrevolte verdankt, keiner Umwälzung, nicht einmal einer größeren Minorität des bayerischen Volkes. Seine Politik ist zu stürmisch, um nicht durchsichtig zu sein. Die Veröffentlichungen aus dem bayerischen Archiv sind den Franzosen sicherlich ganz willkommen. Aber er irrt sich, wenn er glaubt, daß er sich dadurch in Frankreich einen Stein ins Brett setzt. Man hält das für würdelos und in der Beziehung sind die Franzosen, die einen mustergültigen Nationalstolz haben, den wir an ihren Gefangenen nur zu oft bewunderten, außerordentlich feinfühlig.

Das Verhalten des Herrn Eisner hat ganz gegenteilige Wirkung, es fördert nicht den Frieden. Ich weiß nicht, ob er das einen Augenblick geglaubt hat, jedenfalls will er den Anschein erwecken. Dieses Verfahren ist ebenso erfolglos wie der Appell, den Herr Eisner an die Alliierten um Abmilderung der Waffenstillstandsbedingungen erlassen hat. Herr Eisner wird durchschaut. Man weiß ganz genau, daß Herr Eisner keinen Funken bayerischen Partikularismus in sich hat. Das Ganze ist nur eine politische Geste, die nach außen wirken und nach innen eine angenehme Nebenwirkung haben soll. Käme auf diese Art der deutsche Frieden zustande, so käme sofort darauf der sozialdemokratische Experimentierstaat. Frankreich, auf das er es besonders abgesehen hat, kennt die bayerische Eigenart und die bayerische Stimmung ganz genau. Seine regierenden Männer sind viel zu klug, um die Bayern gegen ihre Gesinnung und ihr Stammempfinden unter eine dem Volk fremde Regierung zu zwingen und einer Regierung Eisners zur Dauer zu verhelfen. Von den Engländern ist das erst recht anzunehmen, sie haben das als Kolonisatoren stets bewiesen. Man weiß, daß Eisner dem bayerischen Volksempfinden vollständig fremd gegenübersteht.

Die Gegnerschaft Eisners gegen Erzberger entspringt zwei Gründen:

1. Herr Eisner will sich dadurch bei den Alliierten als einen Mann ohne Schuld und Fehl empfehlen, dessen Unschuld zuliebe das bayerische Volk in Gnaden aufgenommen wird. Die Alliierten wissen aber ganz genau, daß auch das bayerische Volk, wie alle anderen deutschen Stämme 1914 mit Begeisterung in den Krieg gezogen ist. Wenn Herr Eisner im August 1914 in Bayern gegen den Stachel gelodt hätte, es wäre ihm schlecht bekommen. Dieses offene Bekenntnis erreicht bei den Franzosen mehr wie das Gegenteil. Herr Eisner hielt sich im August 1914 in Bayern auf. Er hat es nicht gewagt, ein Wort gegen Bayerns Kriegsbeteiligung zu sagen. Dagegen konstatiert die sozialistische Korrespondenz gerade eben zur rechten Zeit, daß Eisner in den Tagen vom 25. Juli bis 4. August die ihm nahestehenden Parteigenossen mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seiner Beweisführung bestürmte, doch um jeden Preis für die Bewilligung der Kriegskredite einzutreten. Ich für meinen Teil würde mich schämen, wenn ich im Verkehr mit den Alliierten ein anderes Bekenntnis für mich ablegen wollte. Ich hätte ebensowenig wie Herr Eisner den Krieg aufhalten können. Nachdem er einmal entbrannt war, wünschte ich unseren Waffen den Sieg. Ich habe nie der Eroberungslust das Wort gesprochen. Aber ich habe alles getan, wenn auch vergeblich, um die innere und äußere Front zu stärken — und mit mir die besten deutschen

Männer — weil ich immer an das *Vae Victis* gedacht habe und nie daran gezweifelt habe, daß ein verlorener Krieg dieses uralte Wort wahr mache.

Die Frage nach der Schuld am Kriege wird im Licht der Geschichte nicht mit den Julitagen des Jahres 1914 einsehen. Bethmann Hollweg, der frühere Reichskanzler, äußerte sich zu einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: „Vor allem war es die sog. Flottenpolitik, die uns in verhängnisvollste Gegensätze geführt hat.“ Ich habe als junger Abgeordneter gegen die Flottenvorlage gestimmt und habe im Jahre 1898 meinen Wählern gegenüber meine Stellung wie folgt begründet: Ich habe gegen die Flottenvorlagen gestimmt, weil ich in der Flotte nur ein Mittel für eine künstliche beschleunigte Entfaltung unseres Welthandels und in letzter Linie unserer Industrie erblicke. Ich halte jede Treibhausentwicklung für bedenklich. Ich bin kein Gegner der industriellen Entwicklung, aber eine durch die Politik künstlich gesteigerte Hypertrophie unserer Industrie wird zwei schwere Folgen haben. 1. Außerpolitisch erwächst die Konfliktgefahr mit anderen mächtigen Industrievölkern der Erde und

2. innerpolitisch die Störung des Gleichgewichts im Innern durch Proletarisierung großer Volksmassen ohne festen Wohnsitz, fluktuierend, eine Gefahr für die innere Ruhe zurzeit der Arbeitslosigkeit und schlechten Konjunktur mit Ansammlung gewaltiger Volksmassen in etlichen wenigen Riesenstädten und Industriegebieten.

Mein Standpunkt von damals ist mir politisch sehr schlecht bekommen. Aber ich habe meine Haltung nie geändert, trotz der damit verbundenen schweren Kämpfe.

Ich weiß mich also frei von allem Chauvinismus und trotzdem sage ich Herrn Eisner: Als einmal Krieg war, war es jedes guten Deutschen Herzenswunsch, daß er für uns gut enden möge. Und ich weiß auch, daß die Alliierten vor einem solchen Bekenntnis mehr Respekt haben wie vor dem Gegenteil. Wenn Herr Eisner gegen Berlin Front macht, so darf ich ihn erinnern, daß gerade er und seine Parteifreunde für die Proteste solcher Volksgenossen und Parteien, die für die Selbständigkeit der Bundesstaaten und gegen Uebergriffe der zentralen Gewalt eintraten, nur Hohn und Spott hatten. Ich nehme deshalb auch den neu entdeckten Partikularismus des Herrn Eisner nicht ernst.

Herr Eisner gibt sich den Anschein, als ob die Entente mit ihm und seiner Regierung gern Frieden machen würde. Ich habe Grund anzunehmen, daß sich Herr Eisner im Irrtum befindet, wenn er überhaupt selbst daran glaubt. Der Wunsch ist vielleicht der Vater des Gedankens. Das ganze Verhalten des Herrn Eisner harmonisiert auch gar nicht. Er weiß, daß Frankreich im besetzten Gebiete die Soldaten- und Arbeiterräte sofort abgeschafft hat. Er weiß, daß der englische Admiral Beatty das gleiche Verhalten an der Wasserfront eingeschlagen hat und ebenso der französische General Franchet D'Esperey in Ungarn. Die Franzosen wissen sehr gut, daß Bayern zurzeit nicht von Bayern regiert wird und daß Eisner nicht das Sprachrohr des Empfindens der Majorität der bayerischen Bevölkerung ist. Herr Eisner weiß das selbst, sonst hätte er bereits alle Schritte getan, um die von der Entente verlangte gesetzmäßige Regierung in Bayern herbeizuführen. Es wird sich alsbald zeigen, daß dieses Verhalten des Herrn Eisner das Zustandekommen des definitiven Friedens verhindert. Ja noch mehr, wenn die gesetzmäßige Regierung nicht alsbald kommt, besteht die Gefahr, daß die Entente in Bayern und in Deutschland einmarschiert.

Herr Eisner will keine Wahlen. Kein Mensch in Bayern glaubt wohl mehr daran, daß wir im Laufe der nächsten 3 Monate in Bayern eine Nationalversammlung erleben, die übrigens gesetzmäßig nur dann zustandekommen könnte, wenn der bayerische Landtag sofort zusammentreten und als die allein berechnigte Vertretung des Volkes, die auf Grund eines der freiesten Wahlrechte der Welt zustande gekommen ist, dem bayerischen Volk ein neues Wahlrecht geben würde, auf Grund dessen die Nationalversammlung zu wählen wäre. Es kann der Augenblick kommen, wo sowohl der alte Reichstag wie der bayerische Landtag zu diesem Zwecke einberufen werden müssen, weil sonst der Friede nicht kommt und die Gefahr besteht, daß Deutschland von der Entente besetzt wird.

Daß Herr Eisner in Bayern an keine Wahlen denkt, geht daraus hervor, daß er das Deutsche

Theater für das sog. Nebenparlament auf sechs Monate gemietet hat, dem wohl, wenn nicht unterdessen andere Ereignisse das Bild ändern, dasselbe Schicksal bevorsteht wie dem französischen Nebenparlament der 48er Revolution im Hotel Luxembourg. Herr Eisner irrt sich, wenn er glaubt, daß die Entente dieses widerspruchsvolle Verhalten übersieht. Er irrt sich, wenn er glaubt, daß England und Frankreich die Mehrheit des bayerischen Volkes derartig vor den Kopf stoßen werde. Da helfen alle Anbiederungsversuche, alle Selbstempfehlungen nichts.

II. Die künftige Gestaltung Deutschlands.

Herr Eisner will Deutschland in vier Republiken zerlegen. Das ist ein Augenblicksprogramm, nicht etwa die wirkliche Gesinnung des Herrn Eisner. Herrn Eisners Ideal ist der sozialdemokratische deutsche Einheitsstaat ohne innere Grenzen.

Es ist leider so gekommen, daß über die künftige Gestaltung Deutschlands die Deutschen selbst kein Bestimmungsrecht mehr haben. Darüber werden uns die Friedensverhandlungen belehren. Die künftigen Grenzen Deutschlands werden von den Alliierten gezogen und keine Partei und auch keine Regierung Deutschlands kann hierauf irgend welchen Einfluß ausüben. Leider!

Ich stamme aus einer großdeutschen Familie und hatte in meiner frühen Jugend Gelegenheit, oft und oft aus dem Munde meines Vaters von jenen traurigen Zeiten zu hören, wo nur Zollschranken im Reich die äußeren Zeichen jener traurigsten Kleinstaaterei gewesen sind. Aber als Realpolitiker komme ich zu folgenden Erwägungen, indem ich die unabänderlichen Tatsachen nehme, wie sie sind:

Es ist fraglos und nicht zu diskutieren, daß nach der neuen Gestaltung der Dinge in Oesterreich die Entente unter gar keiner Bedingung die Angliederung der 10 Millionen Deutsch-Oesterreicher selbst an das durch Abtrennung von Elsaß-Lothringen und der polnischen Ostprovinzen verkleinerte Altdeutschland gestatten. Daran habe ich keinen Augenblick gezweifelt. Meine Informationen bestätigen dies. Es ergibt sich nun die Frage, was aus den Deutsch-Oesterreichern wird. Es gäbe zwei Möglichkeiten:

Erste Möglichkeit: Das restige Altdeutschland bleibt Staatenbund wie bisher und Deutsch-Oesterreich ein Torsostaat für sich oder zweitens Deutsch-Oesterreichs oder Teile von Deutsch-Oesterreich vereinigen sich mit Teilen des bisherigen Deutschlands.

Vom bayerischen Standpunkt aus betrachtet wäre das letztere entschieden vorzuziehen.

Nachdem es mir außer Zweifel erscheint, daß den Italienern von der Entente leider das ganze Tirol jenseits des Brenners einschließlich der Täler, die zum Flußgebiet der Etsch gehören, zugesagt worden ist, verbleibt nur Nordtirol, das mit Vorarlberg zusammen sich wie ein schmaler Darm als Pufferstaat zwischen Italien und Bayern nicht halten kann. Der Bestand eines solchen Pufferstaates liegt auch nicht im wirtschaftlichen Interesse Bayerns, besonders nicht aus zollpolitischen Gründen. Die Bevölkerung Tirols würde zu nichts anderem als zu einem Schmugglervolk heruntersinken. Für Bayern muß der Wunsch bestehen, daß Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich, womöglich Steiermark mit ihm vereinigt werde. Daß diese Vereinigung ausgeschlossen bleibt, so lange in Bayern die derzeitige Regierung am Ruder ist, weiß ich bestimmt. Die „Neue Freie Presse“ vom 22. Nov. 1918, Morgenblatt, kündigt bereits an: „Tirol will ein selbständiges Land werden, vielleicht zusammen mit Vorarlberg und Salzburg.“ Unterdessen haben die Tiroler bereits ihre Selbständigkeit beschlossen und verkündet und dieser Beschluß kam mit allen gegen eine Stimme zusammen, obwohl von Wien aus der maßgebende Minister persönlich anwesend war. Interessant ist, daß auch die Sozialdemokraten für den Beschluß gestimmt haben mit Ausnahme des Abgeordneten Abram.

Aber die Bewegung nach Selbständigkeitserklärung beschränkt sich nicht nur auf Tirol und Vorarlberg, sie ist viel stärker, als man in Wien weiß und hat bereits nach Niederösterreich übergreifen, das gleichfalls nicht von einer sozialdemokratischen Centrale regiert werden will. Weniger wird der Austritt der deutschen bürgerlichen Abgeordneten aus der Nationalversammlung, als vielmehr der Austritt der Länder, die

sich nicht zu Provinzen herabdrücken lassen, aus dem Deutsch-Oesterreichischen Staatenverband gefordert. Die Landesversammlungen würden dann an Stelle der Nationalversammlung treten und in Wien nicht einmal durch eine Delegation, sondern nur durch Gesandte vertreten sein. Leider würde damit auch die offenbare Bereitschaft der Landwirte für die Großstädte in der Lebensmittelversorgung ein Ende nehmen. (Die Parole lautet in Oesterreich ebenso „Weg von Wien“ wie bei uns „Weg von Berlin“.) („Neue Freie Presse“ vom 22. Nov. 1918.) Durch die Abtrennung von Böhmen, Mähren und Schlesien, wo so viele Standorte der Industrie sind, müßte die soziale Schichtung in Deutsch-Oesterreich sich stark ändern. Der Bauer ist eine größere politische Macht geworden. „Wir müssen aufhören, wenn der Bauer spricht.“ Die Richtigkeit dieser Auffassung wird durch die Tatsache bestätigt, daß bereits in Tirol, Salzburg und Vorarlberg die Führer der organisierten Bauern die Führung übernommen haben. Man hat auch im Wiener Reichsrat bereits über die Gestaltung der Dinge diskutiert.

Der Abg. Abram sagte am 23. Nov., die größte Besorgnis der Entente richte sich gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die großdeutsche Republik. Er meinte allerdings, er werde den Tag begrüßen, an welchem über den Begriff des alten Oesterreich, das zwischen Deutschland und Italien liege, ein Strich gemacht werde und „wir in der großdeutschen Republik aufgehen.“ (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Diese Stunde würden Zehntausende Deutsch-Tiroler ebenso begrüßen. Der Herr Abram war vorsichtig und sprach von Zehntausenden, denn Hunderttausende von Tirolern denken anders, und daß darunter selbst in der Majorität seine Parteigenossen sind, darüber haben ihn die letzten Tage belehrt.

(Schluß folgt.)

Eisners Irrgänge und Bayerns Zukunft.

Von Dr. Georg Heim.

(Schluß.)

In den „Innsbrucker Nachrichten“, die dem derzeitigen Präsidenten von Tirol, dem Landeshauptmann Schrafl, sehr nahe stehen, heißt es:

„Der Anschluß an das Land Bayern wäre ja in geographischer, wirtschaftlicher Hinsicht und auch vom Gefühlsstandpunkte nach den Erfahrungen mit der Wiener zentralistischen und Zentralwirtschaft für jeden denkenden Tiroler von selbst gegeben. Ob aber im gegenwärtigen Moment die bedingungslose Hingabe an die derzeitige bayerische Regierung im Interesse der Erhaltung des gesamten echten Deutschtums in Tirol wäre, ist sehr fraglich.“

Und der Artikelschreiber spricht zunächst der Trennung von Wien aus drei Gründen das Wort:

1. Um Deutsch-Südtirol zu erhalten,
2. um die Wiener Versumpfung fernzuhalten und
3. um das gesunde Bergland gegen den internationalen Bolschewismus in Wien abzuschließen.

Diese drei Ziele erreichen die Tiroler vorläufig am sichersten durch vollständige politische Selbständigkeit.

„Tirol den Tirolern.“

Der Artikelschreiber bemerkt alsdann:

„Wenn Wien wieder den Wienern gehört, können sich die Tiroler ihnen ja wieder anschließen.“

Beachtenswert sind folgende Stellen in dem Artikel:

„Daß die Tiroler lieber entweder eine eigene Republik oder aber ihren Anschluß an einen bayerischen Volksstaat wollen, möge als Beweis dafür angesehen werden, daß wir nichts gegen die republikanische Staatsform haben, im Gegenteil sie als höchsten Ausdruck politischer Freiheit begrüßen. Sie wird der Eigenart des tüchtigen Bergvolkes gerade so entsprechen wie in der Schweiz. Damit entfällt auch die Verdächtigung reaktionär-monarchistischer Bestrebungen.“ Man darf es auch niemand verübeln, wenn man zunächst von der jetzigen bayerischen Regierung die realen Beweise einer wahrhaft demokratischen Gesinnung erzuhen wünscht. Es muß daher die Entwicklung in Bayern und in Deutschland überhaupt abgewartet werden.“

In der Salzburger Chronik veröffentlicht Johann Hasenauer, Mitglied der Landesversammlung, einen ganz ähnlichen Artikel. Einige Sätze seien angeführt:

„Eine deutsch-österreichische oder genauer gesprochen eine alpenländische Republik auf kantonaler Grundlage nach Schweizer Muster mit möglichster Ausschaltung von Wien ist das Ideal, dessen Verwirklichung Ihnen und uns gleich am Herzen liegt. Als freies selbständiges Land muß Salzburgs erstes Bestreben sein, jene Brücken über die Salzach und Saalach nach Bayern hinüber, die die österreichische Regierung abgebrochen hat, wieder aufzurichten, ehestens jene künstlichen Grenzen verschwinden zu lassen, welche für das angrenzende Bayern so unangenehm waren, uns Salzburger aber ins wirtschaftliche Elend brachten und die Landeshauptstadt in einen Hungerturm verwandelten. Die Verbrüderung zwischen Salzburg und Bayern muß ehestens wieder Lebensform annehmen!“

Auch wir vom bayerischen Standpunkt aus müssen den engsten Zusammenschluß von Bayern, Vorarlberg, Tirol, Steiermark, Oberösterreich wünschen. Abgesehen von der Stammeszugehörigkeit, dem gleichen Volkscharakter, dem gleichen Empfinden, ist diese Gruppierung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für Bayern außerordentlich wertvoll. Selbst der Abgeordnete Abram hat dies eingesehen, indem er sagte, in wirtschaftlicher Beziehung könne man sich die Entwicklung nur so vorstellen, daß aus Tirol, Ober- und Niederbayern und Salzburg ein Wirtschaftsgebiet geschaffen werde, welches die Ueberschußprodukte austausche. Bayern war im Frieden für Bodenprodukte ein Ueberschußland, die Alpenländer aber Abnehmer für Agrarprodukte. Sie wurden bisher von Ungarn versorgt. Auch die bayerische Industrie würde ihre Rechnung dabei finden und in den

industriearmen österreichischen Alpenländern ein schließlich Oberösterreich ein naheliegendes Absatzgebiet gewinnen.

Nach der neuen Gestaltung des Wirtschaftslebens ist das der **einzige Weg**, der uns einen Ausgleich für unausbleibliche wirtschaftliche Schäden bringt. Und darum muß die bayerische Politik darauf eingestellt werden, diese Länder möglichst rasch in engste Verbindung mit Bayern zu bringen. **Hinderlich daran ist aber der gegenwärtige ungezügliche Zustand in Bayern und Herr Eisner, Jaffe und Genossen.** Die Friedensverhandlungen stehen bevor. Es kann sich hier nur ein Versäumnis handeln, das in Jahrhunderten nicht mehr gutgemacht werden kann.

Wenn feststeht, daß die Alliierten niemals zugeben werden, daß das alte Deutschland durch Oesterreich vergrößert wird, dann hat Bayern nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder es bleibt im Gefüge des alten Reiches, dann muß es auf diese glänzende Perspektive verzichten oder Bayern vollzieht und erstrebt diesen Anschluß. Meiner Ansicht nach kann nur das letztere in Betracht kommen. Aber die Bedenken, die hiergegen sprechen könnten, sind folgende:

Das neue Wirtschaftsgebiet hat keinen Zugang zum Meer, kein genügendes Erz- und Kohlenvorkommen, dagegen gewaltige Wasserkräfte. Tirol hat noch 1 Million Pferdekkräfte, die nicht ausgebaut sind. Hierfür gäbe es aber eine Lösung, kurz bezeichnet mit dem erweiterten alten deutschen Rheinbund, Hannover, Westdeutschland bis zur Elbe und Süddeutschland mit Oesterreich. Hierfür sprechen aber auch noch andere Gründe. Wenn die Oesterreicher sagen: „Wir wollen warten, bis Wien wieder den Wienern gehört und sich vom internationalen Bolschewismus und der Versumpfung freigemacht hat,“ so gilt das gleiche gegenüber Berlin und den norddeutschen Industriegebieten. Wer die Entwicklung der Dinge in Berlin kennt, der muß mit mir der Meinung sein, daß eine solche Gruppierung in Deutschland allein die Rettung aus dem Sumpf bedeutet.

Für den Zugang zum Meere gäbe es eine Lösung, die schon den Großdeutschen der vor- und nachmärzlichen Zeit vor Augen schwebte: Triest. Wohl ist dieser Hafen von der Entente an Italien verschrieben, aber ich glaube, daß Italien das allergrößte Interesse daran hätte, Triest zum Freihafen zu machen und der slowenische Staat dergleichen, den Verkehr auf der Tauernbahn soviel wie möglich zu erleichtern. Die Italiener sind weitsichtig genug, um die Bedeutung einer solchen Verkehrserschließung und Verkehrszuführung zu würdigen und Opfer dafür zu bringen. Im Zusammenhang damit wäre die Frage der südtirolischen deutschen Gemeinden im Eisack- und Etschtal jenseits des Brenner zu lösen. Italien kann kein Interesse daran haben, sich eine deutsche Irredenta ins Fleisch zu setzen. Eine derartige Gebietsabgrenzung würde einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten Italiens mit dem neuen deutschen Bundesstaat nicht hinderlich sein. Italien hat sein Ziel erreicht und ist an der Grenze seines Expansionsbedürfnisses angelangt. Es gilt Kulturwerte vor der Vernichtung zu schützen, den Brunnen nicht verschütten zu lassen, aus dem das Wasser fließt. Es ist notwendig, daß wir uns abschneiden von dem Eiterherd und Süd- und Westdeutschland ablapseln.

Wir wollen die ohnmächtigen Versuche, den Marxismus, das theoretische Produkt jüdisch zerfetzenden Geistes in die Praxis zu übersetzen, den Norden machen lassen, bis er zur Besinnung kommt. Wir wollen uns der Gefahr entziehen, nachdem Deutschland schon politisch ohnmächtig geworden ist, auch noch durch seine eigenen Volksgenossen ruiniert zu werden. In Norddeutschland werden die Wirren, selbst wenn der Friede zustandekommt, jahrelang kein Ende nehmen. In den reinen Industriegebieten des Nordens wird die radikalere Richtung immer mehr und mehr an Boden gewinnen. Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands, der kommen muß, wird von den armen, irreführten Volksgenossen nicht in der Erfüllung ihrer Forderungen erkannt werden, sondern ein Uebel wird das andere ablösen. Die Forderungen werden immer radikaler werden. Jahrelange Wirren sind die Folgen.

Der letzte Punkt der Entwicklungslinie wird der sein, daß die deutschen Industriearbeiter die Beche zahlen. Ihre eigenen Vertreter werden die deutsche Industrie vernichten und die deutschen Industriearbeiter um ihre Existenz bringen. Neue

und immer neue Forderungen müssen die Führer der Arbeiter ihren Anhängern bewilligen. Der Achtstundentag ist der Anfang, die Lohnerhöhungen werden dem Unternehmertum diktiert werden. Die deutsche Industrie hat nahezu den vierten Teil ihrer Produktion ins Ausland verkauft. Sie wird ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren. Der Henne, die den Arbeitern die Eier gelegt hat, wird der Kopf umgedreht. Die Forderung der Verstaatlichung der Betriebe wird von selbst kommen. Zahlreiche Industrien müssen zu arbeiten aufhören. Es wird aber lange Zeit dauern, bis die Erkenntnis kommt, daß das die Folge einer falschen Wirtschaftspolitik ist. Man wird sogar anfänglich diese Entwicklung begrüßen und der sozialdemokratische Staat wird Unternehmer werden, aber als Unternehmer den vollständigen Zusammenbruch beschleunigen. Man kann die Materie verstaatlichen, die Fabrikanlagen, die Maschinen, aber nicht den Geist und den Verstand, der jedem Betrieb innewohnen muß. Auch der sozialdemokratische Staat wird ein ungeschickter und schlechter Produzent sein. In Rußland ist die Probe aufs Exempel bereits gemacht. Es wird ein Auflösungsprozeß werden, gefördert durch Korruption, wie sie in den schlimmsten kapitalistischen Zeiten nicht erlebt wurde. Damit ist die große Gefahr der Verarmung verbunden und die noch größere Gefahr, daß das Ausland in den Besitz unserer Reichtumsquellen und unserer wirtschaftlichen Kräfte kommt. Bayern muß sich schon aus diesem Grunde mit der Hoffnung späterer Wiedervereinigung unbedingt abtrennen und von dem wirtschaftlichen Zerstellungsprozeß durch die eigenen Volksgenossen soviel wie möglich freihalten.

Ähnliche Erwägungen haben bereits in den übrigen deutschen Bundesstaaten Boden gewonnen, selbst bis in die Reihen der alten Sozialdemokraten hinein. Ich erinnere an die sehr deutlichen Befundungen von Hessen, Baden, Württemberg und erinnere ferner an die Bewegung in der Rheinprovinz und in Hannover. Bei einer derartigen Neugruppierung Deutschlands wird die Entente einer Angliederung der Deutschen Oesterreichs keine Schwierigkeiten entgegensetzen und ich halte diesen Neuansehluß der Deutschen Oesterreichs an Bayern als besonders im bayerischen Interesse gelegen. Es ist die Rettung und die Zukunft Bayerns, die einzige Möglichkeit für ein Wiederaufblühen des Wirtschaftslebens in Bayern, die einzige Rettung vor einer Verarmung Bayerns.